

Köln im Fokus - meine Themen für den Wahlkreis

Ökonomisch und ökologisch unsinnige Großprojekte in Köln gehören auch hinsichtlich ihrer bundespolitischen Dimension auf den Prüfstand, vor allem im Bereich der Verkehrsanbindung oder der Subventionierung. Das betrifft etwa den Ausbau des Godorfer Hafens. Bei knappen Finanzressourcen sind Prioritäten zu bilden. Das ist oft schmerzlich, aber unausweichlich, wenn man etwas erreichen will und auf die Dauer noch (finanziell) leistungsfähig bleiben will. Köln darf nicht durch Investitionsruinen genauso in die Schlagzeilen geraten wie Stuttgart, Berlin oder Hamburg. Unabhängig davon ist die vermehrte Bereitschaft der Bürger, sich an Planungen zu beteiligen, durch Änderung der planungsrechtlichen Bestimmungen zu berücksichtigen, um eine durchgehende Einbeziehung der Bürger zu ermöglichen.

Köln muss wieder sicherer werden. Vor allem ältere Mitbürger müssen sich auch abends noch ohne Angst in unserer Stadt aufhalten können. Deshalb gehören die bundesrechtlichen Regelungen auf den Prüfstand, nach denen in vielen Fällen nach Straftaten nur geringfügige Geldstrafen möglich sind, weil dafür allein auf das (nachweisbare) Einkommen abgestellt wird. Ebenso darf das Asylrecht nicht als Ersatz für eine verfehlte Einwanderungspolitik dienen.

Der **Schienennahverkehr** in unserem Wahlkreis ist beschleunigt auszubauen. Dazu gehören die S-Bahn-Anbindung des Kölner Südens (mit einer besseren Anbindung von Rondorf an die Kölner Innenstadt über Kalscheuren) und die Stadtbahn-Anbindung von Widdersdorf. Schließlich sind die für die Reparatur der Kölner Rheinbrücken vorhandenen Mittel auch einzusetzen – zur Entlastung des südlichen Kölner Autobahnringes.

Eine verbesserte Schienenanbindung des Kölner Südens und Westens entlastet auch die **Wohnungssituation** in unserem Wahlkreis, insbesondere im Bereich der Universität. Weiterer Wohnraum kann darüber hinaus kurzfristig (mit Blick auf die doppelten Abiturjahrgänge) dadurch geschaffen werden, dass die Schaffung von Studentenappartements (befristet) steuerlich gefördert wird. Leerstehende Gebäude - wie das Haus der Deutschen Welle - müssen auf die Möglichkeit eines Umbaus in studentische Appartements geprüft werden.